3. Ist Art. 11 der Richtlinie 2005/29 dahin auszulegen, dass die spanische nationale Regelung, die es dem Verbraucher in einem Hypothekenvollstreckungsverfahren nicht gestattet, die Erfüllung des Verhaltenskodex, konkret im Hinblick auf die Überlassung der Sache an Zahlungs statt bei gleichzeitigem Erlöschen der Forderung (Abs. 3 des Anhangs zum Real-Decreto Ley 6/2012 vom 9. März 2012, Verhaltenskodex), zu verlangen, mit dieser Vorschrift unvereinbar ist?

⁽¹⁾ Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. 2005, L 149, S. 22).

Vorabentscheidungsersuchen des Hof van beroep te Brussel (Belgien), eingereicht am 13. März 2017 — Mitsubishi Shoji Kaisha Ltd, Mitsubishi Caterpillar Forklift Europe BV/Duma Forklifts NV, G. S. International BVBA

(Rechtssache C-129/17)

(2017/C 161/17)

Verfahrenssprache: Niederländisch

Vorlegendes Gericht

Hof van beroep te Brussel

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerinnen: Mitsubishi Shoji Kaisha Ltd, Mitsubishi Caterpillar Forklift Europe BV

Beklagte: Duma Forklifts NV, G. S. International BVBA

Vorlagefragen

- a) Umfassen Art. 5 der Richtlinie 2008/95/EG⁽¹⁾ und Art. 9 der Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates vom 26. Februar 2009 über die Gemeinschaftsmarke (kodifizierte Fassung)⁽²⁾ das Recht des Markeninhabers, sich dem zu widersetzen, dass ein Dritter ohne seine Zustimmung alle auf den Waren angebrachten, mit den Marken identischen Zeichen entfernt (debranding), wenn es sich um Waren handelt, die — wie in das Zolllagerverfahren überführte Waren — noch nicht im Europäischen Wirtschaftsraum vertrieben worden sind, und die Entfernung durch den Dritten im Hinblick auf die Einfuhr oder das Inverkehrbringen der Waren in den bzw. im Europäischen Wirtschaftsraum erfolgt?
 - b) Hängt die Beantwortung der Frage 1a davon ab, ob die Einfuhr oder das Inverkehrbringen der Waren in den bzw. im Europäischen Wirtschaftsraum unter einem vom Dritten angebrachten eigenen Erkennungszeichen erfolgt (rebranding)?
2. Wirkt es sich auf die Beantwortung der Frage 1 aus, wenn die so eingeführten oder in den Verkehr gebrachten Waren nach dem äußerem Erscheinungsbild oder Modell vom relevanten Durchschnittsverbraucher noch immer als vom Markeninhaber stammend identifiziert werden?

⁽¹⁾ Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (kodifizierte Fassung) (ABl. 2008, L 299, S. 25).

⁽²⁾ ABl. 2009, L 78, S. 1.

Rechtsmittel, eingelegt am 24. März 2017 von der Europäischen Union, vertreten durch den Gerichtshof der Europäischen Union, gegen das Urteil des Gerichts (Dritte erweiterte Kammer) vom 1. Februar 2017 in der Rechtssache T-479/14, Kendrion/Europäische Union

(Rechtssache C-150/17 P)

(2017/C 161/18)

Verfahrenssprache: Niederländisch

Parteien

Rechtsmittelführerin: Europäische Union, vertreten durch den Gerichtshof der Europäischen Union (Prozessbevollmächtigte: J. Inghelram und E. Beysen)

Andere Parteien des Verfahrens: Kendrion NV, Europäische Kommission

Anträge

Die Rechtsmittelführerin beantragt,

- Tenor 1 des angefochtenen Urteils aufzuheben;
- die von Kendrion im ersten Rechtszug geltend gemachte Forderung auf Ersatz des Schadens, der ihr entstanden sein soll, zurückzuweisen, äußerst hilfsweise, diesen Schaden auf 175 709,87 Euro herabzusetzen;
- Kendrion die Kosten aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Zur Stützung ihres Rechtsmittels macht die Klägerin drei Rechtsmittelgründe geltend.

1. Das Gericht habe dadurch bei der Auslegung des Begriffs „ursächlicher Zusammenhang“ einen Rechtsfehler begangen, dass es den Verstoß gegen die angemessene Urteilsfrist als maßgebliche Ursache für den geltend gemachten materiellen Schaden, der in der Bezahlung von Kosten für eine Bankbürgschaft bestehen solle, angesehen habe, obwohl die Entscheidung eines Unternehmens, die Geldbuße nicht während des beim Unionsgericht laufenden Verfahrens zu zahlen, nach ständiger Rechtsprechung die maßgebliche Ursache für die Zahlung solcher Kosten sei.
2. Das Gericht habe dadurch bei der Auslegung des Begriffs „Schaden“ einen Rechtsfehler begangen, dass es sich geweigert habe, auf den im Zusammenhang mit der Zahlung von Kosten für eine Bankbürgschaft geltend gemachten materiellen Schaden dieselben Voraussetzungen wie die von ihm im Zusammenhang mit der Zahlung von Zinsen für die Geldbuße genannten Voraussetzungen anzuwenden, nämlich dass die Klägerin im ersten Rechtszug habe nachweisen müssen, dass die finanzielle Belastung im Zusammenhang mit der Zinszahlung höher gewesen sei als der Vorteil, den sie dadurch habe erlangen können, dass sie die Geldbuße nicht gezahlt habe.
3. Das Gericht habe dadurch bei der Bestimmung des Zeitraums, in dem der geltend gemachte materielle Schaden entstanden sei, einen Rechts- und einen Begründungsfehler begangen, dass es ohne Angabe von Gründen davon ausgegangen sei, dass der Zeitraum, in dem der im Zusammenhang mit der Zahlung von Kosten für eine Bankbürgschaft geltend gemachte materielle Schaden entstanden sei, ein anderer sein könne als der Zeitraum, den das Gericht für das unrechtmäßige Verhalten angesetzt habe, das zu diesem Schaden geführt haben solle.

Vorabentscheidungsersuchen des High Court of Justice (England & Wales), Queen's Bench Division (Administrative Court) (Vereinigtes Königreich), eingereicht am 24. März 2017 — Swedish Match AB/Secretary of State for Health

(Rechtssache C-151/17)

(2017/C 161/19)

Verfahrenssprache: Englisch

Vorlegendes Gericht

High Court of Justice (England & Wales), Queen's Bench Division (Administrative Court)

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Swedish Match AB

Beklagter: Secretary of State for Health

Vorlagefragen

Sind die Art. 1 Buchst. c und 17 der Richtlinie 2014/40/EU ⁽¹⁾ ungültig wegen

- i) Verstoßes gegen das allgemeine unionsrechtliche Diskriminierungsverbot,
- ii) Verstoßes gegen den allgemeinen unionsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit,
- iii) Verstoßes gegen Art. 5 Abs. 3 EUV und das unionsrechtliche Subsidiaritätsprinzip,